

<u>Pressemitteilung</u>

Landtag NRW • Dr. Marcus Optendrenk • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldor

Dr. Marcus Optendrenk

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1

D-40221 Düsseldorf

Telefon:

0211 884-2732

E-Mail:

marcus.optendrenk@

landtag.nrw.de

Düsseldorf, 27. Oktober 2025

Rund 38 Millionen Euro für die Kommunen vor Ort. Land veröffentlicht Zuweisungsbeträge aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2026.

Das Land Nordrhein-Westfalen investiert weiter kräftig in seine Kommunen. Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2026 fließen allein nach Nettetal, Kempen, Brüggen, Niederkrüchten und Grefrath rund 38 Millionen Euro.

Es gibt wieder gute Nachrichten für die Städte und Gemeinden im Kreis Viersen. Nachdem in der letzten Woche bekannt wurde, dass das Land mit dem "Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur" in den nächsten zwölf Jahren mehr als 31 Milliarden Euro investieren wird – 157 Millionen Euro davon als Pauschalzuweisungen an den Kreis Viersen – steht jetzt fest, in welcher Höhe die Kommunen Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2026 erhalten werden.

In den Wahlkreis Viersen II fließen rund 38 Millionen Euro. Die Städte und Gemeinden profitieren konkret folgendermaßen:

Kommune	Zuweisung
Stadt Nettetal	14.271.549,80 Euro
Gemeinde Grefrath	6.612.152,68 Euro
Gemeinde Niederkrüchten	6.491.335,92 Euro
Gemeinde Brüggen	6.251.573,67 Euro
Stadt Kempen	4.365.316,59 Euro
Gesamt	37.991.928,66 Euro

Landesweit stellt die schwarz-grüne Koalition den Kommunen GFG-Mittel in Höhe von 16,84 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind mehr als eine Milliarde mehr als im Vorjahr.

Dazu erklärt **Dr. Marcus Optendrenk MdL (CDU)**, Landtagsabgeordneter für Nettetal, Kempen, Brüggen, Niederkrüchten und Grefrath: "In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden die Kommunen stark belastet. Von hohen Sozialleistungen über großzügige Tarifabschlüsse hin zu komplizierten Genehmigungsverfahren – die Aufgabenlast der Städte und Gemeinden ist

gewachsen. Schwarz-Grün stellt nun mehr als eine Milliarde mehr für die Kommunen bereit als noch im Vorjahr. Das ist gerade auch in Zeiten knapper Kassen ein klares Signal: Wir stehen an der Seite unserer Städte und Gemeinden. Auf dieser Grundlage müssen die neugewählten Kommunalparlamente jetzt klug die richtigen Schwerpunkte setzen."

Das Gemeindefinanzierungsgesetz wird jedes Jahr vom Landtag verabschiedet und regelt, wie viel Geld das Land seinen Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stellt. Diese Zuweisungen helfen den Kommunen zum Beispiel dabei, Kitas zu betreiben, Schulen zu modernisieren, Straßen zu bauen und soziale Angebote zu sichern.